Artikel auf t-online vom 20.10.2026: von Daniel Müzel:

Tagesanbruch: ***Der Wortbruch***

Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser,

ich schreibe Ihnen aus dem dunklen Reich von "Honecker 2.0", in dem sich gerade ein "Sündenfall", ja ein einzigartiger "Kulturbruch" vollzieht. Das "Gift des Antisemitismus", der "radikale Islam" und Linksextremisten verschmelzen hier zu einem Bündnis der "Schande", flankiert von einer organisierten Kriminalität, die die "Sektflaschen öffnet", und Enteignungsfanatikern, die gar "keine Wohnungen wollen und bald im Zelt wohnen".

Ich melde mich, mit anderen Worten, aus der deutschen Hauptstadt. Dort haben die Linkspartei, die Grünen und die SPD am Samstag die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen bekannt gegeben und damit eine kleine bürgerliche Gegenrevolution ausgelöst.

Die liebevollen Umschreibungen der Vorgänge in der Hauptstadt stammen von Vertretern der Union auf dem Deutschlandtag der Jungen Union. Nun gehört das Mittel der Übertreibung zu Veranstaltungen des Parteinachwuchses so sehr dazu wie der Champagner (wer trinkt schon Sekt?) zur organisierten Kriminalität, wenn sie etwas zu feiern hat.

Doch was führende Unionsleute da von sich gaben, war dann doch auffallend überzogen, sodass sich der Eindruck aufdrängte, dass es hier um mehr als nur um Berlin geht. Und tatsächlich muss sich die Einigung von Linkspartei, Grünen und SPD auf Koalitionsgespräche für manche in der CDU wie ein Befreiungsschlag angefühlt haben. Wochenlang stand die Kanzlerpartei unter Druck, weil in Sachsen-Anhalt ein AfD-Landtagspräsident wohl mit Stimmen der CDU gewählt wurde. Zynisch gesprochen: Die Linkspartei kam da gerade recht. In ihrem Ansinnen, mehr als 150.000 Wohnungen von den Fesseln privater Eigentümer zu befreien, befreite sie die CDU zugleich von einer unangenehmen Debatte.

Die Operation Ablenkung funktioniert aber auch deswegen so gut, weil es hier wirklich etwas zu sehen gibt. Denn das, was Linkspartei, Grüne und SPD am Samstag vorgelegt haben, ist Sprengstoff in Papierform.

Vor allem die Passage zur Vergesellschaftung von Wohnungen ließ bei manchen Parteistrategen im Bund die Halsschlagader bedenklich anschwellen. **Der Plan**: Wohnungskonzerne mit mehr als 10.000

Wohnungen sollen gegen Entschädigung enteignet werden. Rund 160.000 Wohnungen in Berlin würden so in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden.

Ob Enteignung die Lösung ist, darf man getrost bezweifeln. Das betrifft nicht nur drohende Milliardenklagen der Konzerne, sondern auch die gewaltige Entschädigungssumme (16 Milliarden Euro), für die am Ende der Berliner Steuerzahler aufkommen muss. Angesichts der Fünf-Milliarden-Lücke im Landeshaushalt dürfte es damit auf Kürzungen an anderer Stelle hinauslaufen – ohne dass eine einzige neue Wohnung entsteht.

Wohlwollend ließe sich sagen: Die Linkspartei hat sich ein Thema zu eigen gemacht, das von den anderen Parteien sträflich vernachlässigt wurde. Erst die Radikalität ihrer Forderung hat die Wohnungsnot in der Hauptstadt auf eine Weise sichtbar gemacht, dass andere sie nicht mehr ignorieren können. Zudem agiert die Linkspartei durchaus konsequent und berechenbar. Sie hat Enteignungen vor der Wahl angekündigt, nach der Wahl darauf bestanden und jetzt gegen alle Widerstände durchgeboxt. Man kann der Partei alles Mögliche vorwerfen, aber nicht, dass sie sich nicht an ihre Versprechen halten würde.

Von der Berliner SPD lässt sich das nicht behaupten. Ihr Landes- und Fraktionschef, Steffen Krach, hat im Wahlkampf kaum eine Gelegenheit ausgelassen, sich als entschlossener Kämpfer gegen linke Enteignungsfantasien zu profilieren.

"Ganz klar: Enteignung wird es mit mir nicht geben. Schon die Debatte darum schadet Berlin", sagte Krach im Interview mit t-online im Juni.

Von der Klarheit ist nicht viel übrig geblieben. Klar ist nur: Das war ein Wortbruch. Ausgerechnet Krach, der als Quereinsteiger aus Hannover in die Hauptstadt kam, sich glaubwürdig von der schwarz-roten Landesregierung absetzen konnte und die alten Seilschaften der Berliner SPD beenden wollte. Krach kokettierte mit seinem Outsider-Image und setzte bei seiner Wahlkampagne vor allem auf Glaubwürdigkeit, was in einem Plakat gipfelte, auf dem er "schwört", seine ganze Kraft dem Wohle der Berliner zu widmen.

Der doppelte Steffen Krach: Dass der Krach *vor* der Wahl Enteignungen mit allen Mitteln verhindern will, der Krach *nach* der Wahl diese aber politisch ins Werk setzt, dürfte nicht nur seine persönliche Glaubwürdigkeit dauerhaft schädigen. Auch der Riss, der durch die

SPD geht, dürfte erst mal schwer zu heilen sein. Bauministerin **Verena Hubertz** hatte vor wenigen Tagen im Interview mit t-online angekündigt, das geplante Bundesgesetz zur Verhinderung von Enteignungen "so schnell wie möglich" aufzusetzen. Auch Teile der Berliner SPD bringt Krach nun gegen sich auf. Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** nennt die Vergesellschaftungspläne "ein völlig anderes Signal", das "gravierende Auswirkungen" auf die Wirtschaft und den Landeshaushalt haben werde.

Auch beim zweiten Knall-Thema der werdenden Koalition zeigen sich Krach und die SPD auffällig geschmeidig: Antisemitismus in der Linkspartei.

Zur Erinnerung: **Schon der Wahlkampf der Berliner Linken war von antisemitischen Skandalen geprägt**. Eine Antisemitismus-Vereinbarung, unterzeichnet von Linken, Grünen und SPD, sollte ähnliche juden- und israelfeindliche Ausfälle in der Linksfraktion künftig unterbinden. Doch schon diese Selbstverständlichkeit war 120 Linken-Politikern (darunter 17 Bundestagsabgeordnete) zu viel. Sie nannten die Erklärung einen "schweren politischen Fehler" und warfen der Linkenführung vor, sich äußerem Druck und einer "medialen Hetzkampagne" gebeugt zu haben.

Hier hätte die Geschichte der Berliner Linkskoalition enden können, ja enden sollen. Wer eine Vereinbarung zum Schutz jüdischen Lebens und zum Kampf gegen Antisemitismus als "Kniefall" und "Fehler" wertet, sollte keine Regierungsverantwortung übernehmen dürfen.

Aber statt das Projekt abzublasen, unterbrachen SPD und Grüne die Gespräche – nur um sie wenig später wieder aufzunehmen. Dabei fehlt es der SPD nicht an Optionen, möglich wäre etwa ein Kenia-Bündnis mit CDU und Grünen oder der Gang in die Opposition. Aber Steffen Krach stimmte der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, wohl unter dem Druck seines links tickenden Landesverbandes, schließlich zu. Ein Akt der Ohnmacht, nicht der Überzeugung.

Dabei dürfte sich die SPD keine Illusionen machen, mit wem sie sich zusammentut. Wer Koch und wer Kellner in einem künftigen Linksblock sein würde, zeigt der Umgang mit der linken Abgeordneten **Vanessa Emde**. Emde leugnet das Existenzrecht Israels offen, lud kürzlich zu einer Veranstaltung mit dem Antisemiten Ramsis Kilani und feierte mit einem Terrorunterstützer auf der Wahlparty der Linken.

Obwohl die SPD auf Emdes Ausschluss aus der künftigen Linksfraktion bestand, wurde sie Mitglied. Emde provozierte hinterher mit einem Video, nannte ihre Aufnahme einen "Geländegewinn gegen die Staatsräson" und beklagte ein "Schmierentheater" um ihre Person. So spricht nur, wer sich der Unterstützung in der Partei sicher ist, womit sie – siehe die Erklärung der 120 Linken – auch recht haben dürfte.
Doch das Video ging offenbar auch der Linkenführung zu weit. Am Dienstag soll es zu einer Aussprache in einer digitalen Sitzung des Fraktionsvorstandes kommen. Was auch immer die Linkenspitze mit Emde anstellen sollte: Das Antisemitismus-Problem der Linken ist größer als Vanessa Emde. Israelfeindliche und antisemitische Positionen durchziehen mehrere Berliner Bezirksverbände der Linken und reichen bis in die Bundestagsfraktion. Die Parteiführung in Land und Bund scheut eine konsequente Abgrenzung zu antisemitischen Umtrieben auch deshalb, weil sie fürchtet, die eigene Anhängerschaft zu verprellen.
So nannte Linkenchefin Ines Schwerdtner Emdes Position bei "Pinar Atalay" am Montag "absolut legitim". Es stimme völkerrechtlich, "dass Staaten kein Existenzrecht haben", sondern "ein Selbstbestimmungsrecht, ein Selbstverteidigungsrecht". Dass Emde nicht das Völkerrecht meint, sondern die Ein-Staaten-Lösung, die den israelischen Staat faktisch aufheben würde, samt seiner Institutionen wie Justiz, Regierung und Armee, verschweigt Schwerdtner. Ebenso, was der jüdischen Bevölkerung drohen würde, wenn dieser Staat und sein Schutzversprechen von heute auf morgen enden.
Angesichts des öffentlichen Drucks wächst auch in der Bundestagsfraktion der SPD der Widerstand gegen ein Linksbündnis. Rund 20 Parlamentarier vor allem vom konservativen Parteiflügel wenden sich "mit Nachdruck" gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. "Unser Wertekompass ist niemals verhandelbar", so der Titel der Erklärung, auf die eine weitere Erklärung folgte, diesmal vom linken SPD-Flügel: Vier Bundestagsabgeordnete aus Berlin fordern darin, man solle dem rot-grün-roten Bündnis eine "ernsthafte Chance" geben.
Dass die Bundes-SPD die Koalition noch verhindert, gilt jedoch als unwahrscheinlich. SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf verbat sich am Montag mit Blick auf die Union "Belehrungen von außen" und erklärte, die Bundespartei lasse der Berliner SPD freie Hand. Die

Spitze der Berliner Linken nannte er "anständige und solide Leute". "Wir vertrauen in die Führung der Linken", so Klüssendorf.
Am Ende kommt es darauf an, wie der Mann entscheidet, der für die SPD die Verhandlungen führt. Krach scheint sich entschieden zu haben: Am Montagabend stimmte sein Landesvorstand mit großer Mehrheit (26 zu 3 Stimmen) für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen. Auch die Grünen votierten dafür. Damit rückt Rot-Grün-Rot in der Hauptstadt ein ganzes Stück näher.
Vor der Wahl hatte Steffen Krach auch beim Thema Antisemitismus eine klare Position. "Ich warne davor, die Linkspartei zu wählen", sagte er. Es gebe in "einigen Teilen der Partei" Antisemitismus und "offen gezeigten Israel-Hass".
Aber der Krach vor der Wahl ist offenbar nicht mehr der Krach nach der Wahl. Dass man eine Partei wegen extremistischer Tendenzen nicht wählen soll, aber mit ihr regieren kann, ist mit Vernunft oder Logik kaum zu erklären, eher mit der Angst der SPD, das linke Wählerklientel komplett an die Linkspartei zu verlieren. Aber eine Berliner SPD, die ihre roten Linien innerhalb kürzester Zeit preisgibt, braucht sich über den weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit nicht zu wundern.
Roter Teppich für Investoren statt "Rotfront": Trotz zarter Wachstumssignale kämpft die deutsche Wirtschaft weiter mit Strukturproblemen. Eine der größten Herausforderungen: die geringen privaten Investitionen in den deutschen Standort. Beim Investitionsgipfel "Invest in Germany Summit" in Berlin am Dienstag will die Bundesregierung für mehr Investitionen in Deutschland werben. Kanzler Friedrich Merz (CDU) traf schon am Montagabend Unternehmer aus Deutschland und dem Ausland zu einem "exklusiven" Auftakt. Der "Stargast" war der Chef des US-Chipherstellers Nvidia, Jensen Huang. Die Bundesregierung verkündete am Abend eine Absichtserklärung mit Nvidia, industrielle KI in Deutschland zu entwickeln.
Beim eigentlichen Konferenztag am Dienstag ist neben Merz und Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) das halbe Kabinett versammelt. Merz eröffnet die Konferenz um 9.30 Uhr, am Nachmittag findet eine Pressekonferenz mit Merz, Klingbeil und Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) statt. Die Bundesregierung will deutlich mehr privates Kapital für Investitionen mobilisieren und sieht den Gipfel als "starkes Willkommenssignal" für Investoren. Das Treffen darf damit auch als Gegenveranstaltung zu den Berliner Enteignungs-

plänen verstanden werden. Bauministerin Hubertz hatte im Interview mit t-online das geplante Bundesgesetz zur Verhinderung von Enteignungen auch mit dem Schutz von Investoren begründet.

US-Deal zu russischem Öl? US-Außenminister Marco Rubio reist nach Indien zu seinem indischen Amtskollegen Subrahmanyam Jaishankar. Dabei soll es um die internationale Lage gehen, aber auch um mögliche Handelsverträge: Indien gilt als Großabnehmer für sanktioniertes russisches Erdöl. Die Trump-Regierung will Neu-Delhi dazu bringen, die russischen Importe zu drosseln, um Moskaus Einnahmen aus dem Ölgeschäft zu senken. Stattdessen könnte die indische Regierung Öl aus Venezuela kaufen. Parallel verhandeln die beiden Länder über ein Handelsabkommen, eine Einigung stehe kurz bevor.

"Tebrikler!" Zum 65. Jahrestag des Abschlusses des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens findet am Dienstagnachmittag in Berlin eine Festveranstaltung statt. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hält eine Festrede und auch der türkische Botschafter Gökhan Turan wird sprechen. Die Bundesregierung hatte am 30. Oktober 1961 mit der Türkei eine Vereinbarung zur Entsendung von Arbeitnehmern geschlossen. Grund war der hohe Bedarf an Arbeitskräften der stark wachsenden deutschen Wirtschaft.

Was tun, wenn der Nachbar den Müll vor der Tür abstellt und Tauben zum Streitfall werden? Wladimir Kaminer erzählt im **neuen t-online-Magazin "Anständig miteinander"** von den Absurditäten des Großstadtlebens – und davon, warum selbst die merkwürdigsten Nachbarn es manchmal gut meinen.

Das mögliche Linksbündnis in Berlin empört die Union. Mein Kollege Johannes Bebermeier hat sich umgehört, welche Konsequenzen CDU und CSU zu tragen bereit wären.

Die Linke will nicht nur vergesellschaften, sondern hat eine ganze Reihe von Ideen für den Berliner Wohnungsmarkt. Meine Kollegin Camilla Kohrs hat mit dem Ökonom Michael Fratzscher darüber gesprochen, was er von den Plänen hält. Sein Fazit: ein "guter Start".